





Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Presseerklärung

14.10.04

Elbvertiefung sorgfältig prüfen Verursacherprinzip bei Schäden stärken

Eine mögliche Elbvertiefung zur Verbesserung der Hafenanbindung von Hamburg muss sehr intensiv und transparent geprüft werden, damit es zweifelsfrei nicht zu negativen Folgen für den Deichschutz kommt. Auch andere nachteilige Faktoren einer solchen Maßnahme müssen erkannt, bewertet und möglichst im Vorwege ausgeglichen werden. Mit dieser Position hatte sich auch der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann an die Gemeinden Haselau und Hetlingen gewandt, die eine Resolution zu den Absichten Hamburgs zu einer erneuten Elbvertiefung vorgelegt hatten. Zusammen mit den Stellungnahmen der Vertreter von CDU, FDP und B 90/Die Grünen zeichnet sich hier jetzt Übereinstimmung ab. Rossmann: "Es ist gut, dass es in dieser Position offensichtlich auch keine Unterschiede zwischen den Volksvertretern im Kreis Pinneberg gibt."

Gleichzeitig fordert der Abgeordnete eine intensive Erörterung der Ergebnisse und Fragen, die sich aus dem kürzlich vorgelegten dritten Bericht zur Beweissicherung über die Folgen der Elbvertiefung von 1999 ergeben. Rossmann: "In diesem Zusammenhang muss dann auch die Frage erörtert werden, ob eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung für die Schiffe angesichts des größeren Zeitfensters auf der Unterelbe zum Ein- und Auslaufen zwischen Deutscher Bucht und Hamburger Hafen eine Begleitmaßnahme zum Anliegerschutz sein kann." Der SPD-Bundestagsabgeordnete hatte sich, genauso wie sein CDU-Kollege Schröder es aktuell getan hat, mit einer gleichen Forderung bereits vor zwei Jahren an die Bundesregierung und die zuständigen Behörden

gewandt. Rossmann: "Die Antwort auf diesen Vorstoß im Juni 2002 war die gleiche, wie sie jetzt gegeben wird. Offensichtlich gibt es hier das Problem der sogenannten sicheren Geschwindigkeit, das unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht einfach ignoriert werden kann." Hier müssten auch die Lotsen und die Hafenwirtschaft noch stärker dafür gewonnen werden, die bestehenden Geschwindigkeitsregelungen streng einzuhalten.

Der Abgeordnete fordert deshalb, dass die Hafenwirtschaft zum Beispiel über die Liegegebühren an der Beseitigung und dem Ausgleich von Uferschäden, Verschlickungen etc. umfassend und direkt beteiligt wird. Rossmann: "Hier muss das Verursacherprinzip her, damit das Interesse an einer umweltverträglichen Befahrung der Elbe bei allen Beteiligten wächst." An dieser Stelle widerspricht der Abgeordnete der Resolution aus Haselau und Hetlingen. Rossmann: "Mit der Forderung nach einem Bundesfonds aus Steuerzahlergeldern macht man es sich hier zu leicht. Da muss die Wirtschaft mit ran".